

PRESSEMITTEILUNG

Parkgebühren am Messegelände: FDP begrüßt Rother's Kehrtwende – und kritisiert Politik nach dem Prinzip „Erst durchsetzen, dann nachdenken“

FDP-Fraktion sieht ihren Widerstand bestätigt. Putzke: „Gute Stadtführung erkennt Probleme, bevor die halbe Stadt auf die Barrikaden geht.“

Passau, 24. Oktober 2026. Die FDP-Fraktion im Passauer Stadtrat begrüßt ausdrücklich die Ankündigung von Oberbürgermeister Andreas Rother, Sporttreibende und ehrenamtlich Engagierte von den neu eingeführten Parkgebühren am Messegelände Kohlbruck auszunehmen. Damit zeichnet sich eine Korrektur ab, für die sich die FDP bereits seit Anfang August nachdrücklich eingesetzt hat.

„Das ist zunächst einmal eine erfreuliche Nachricht. Unser Widerstand hat sich gelohnt – ebenso wie der entschlossene Protest der betroffenen Sportvereine“, erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Holm Putzke. „Wir haben bereits am 6. August vor den Folgen dieser Gebührenpolitik gewarnt und unsere Kritik Ende September nochmals bekräftigt. Jetzt zieht der Oberbürgermeister die Konsequenzen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Es zeigt, dass politischer Widerstand und bürgerschaftliches Engagement tatsächlich etwas bewirken können.“

Mit einer entsprechenden Änderung der Beschlüsse wäre der Antrag der FDP-Fraktion hinsichtlich der Sporttreibenden und Ehrenamtlichen erfolgreich und insoweit erledigt. Die Fraktion erinnert allerdings daran, dass sie von Anfang an auch kostenloses Parken für die Besucher des peb gefordert hat. Diese Forderung bleibt bestehen, soweit sie von der angekündigten Neuregelung nicht erfasst wird.

Bei aller Freude über die angekündigte Kehrtwende hält es die FDP-Fraktion für aufschlussreich, einen Blick auf die ursprüngliche Entscheidung zu werfen.

Beschlossen wurde die Einführung der Parkgebühren im Ausschuss für Wirtschaft, Marketing und Arbeit am 1. Oktober 2025 – einstimmig. Die damaligen Mitglieder des Ausschusses sind öffentlich bekannt, einige davon gehören auch heute noch dem Passauer Stadtrat an. Die Leitung hatte der heutige Oberbürgermeister Andreas Rother. Da der – in nicht öffentlicher Sitzung gefasste – Beschluss laut eigener Auskunft der Stadt „einstimmig“ gefallen sei, hat Andreas Rother anscheinend selber für die Einführung jener Parkgebühren gestimmt, deren teilweise Rücknahme er nun ankündigt.

FDP | TEAM Putzke

Die Freie Fraktion für Passau

„Das ist durchaus eine bemerkenswerte politische Entwicklung“, kommentiert Putzke. „Im Oktober vergangenen Jahres hat Andreas Rother für die Parkgebühren gestimmt, im Oktober dieses Jahres erklärt er, warum sie jedenfalls für Sportler und Ehrenamtliche nicht richtig sind. Erkenntnisgewinn ist in der Politik ausdrücklich willkommen. Nur sollte man nicht vergessen, wer an der ursprünglichen Entscheidung beteiligt war.“

Die Verantwortung liege deshalb keineswegs allein bei der Verwaltung. Diese habe die Maßnahme vorgeschlagen, die politischen Entscheidungsträger hätten ihr zugestimmt. Dass der Beschluss einstimmig gefasst worden sei, mache ihn im Nachhinein nicht überzeugender.

So erfreulich die angekündigte Kurskorrektur sei, so wenig könne sie über die erheblichen Defizite hinwegtäuschen, die im Vorfeld der Entscheidung offenbar geworden seien. Die FDP-Fraktion übt deshalb deutliche Kritik an der Vorbereitung und Kommunikation der Maßnahme.

„Man kann natürlich erst eine umstrittene Maßnahme mit aller Entschlossenheit durchsetzen, anschließend einen Sturm der Entrüstung auslösen und schließlich unter dem Druck der Öffentlichkeit zurückrudern“, erklärt Putzke. „Nur sollte man dieses Vorgehen nicht mit vorausschauender Stadtpolitik verwechseln. Gute Stadtführung besteht nicht darin, Probleme erst zu produzieren, um sie anschließend öffentlichkeitswirksam wieder zu beseitigen.“

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Prof. Georg Steiner sieht darin vor allem ein Versagen bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen:

„Dass Kinder und Jugendliche teilweise vier- oder fünfmal wöchentlich zum Training fahren und dass ehrenamtliche Trainer und Betreuer nicht auch noch mit zusätzlichen Gebühren belastet werden sollten, ist keine Erkenntnis, die erst am 21. Oktober 2026 gewonnen werden konnte. All das war vorher bekannt oder hätte jedenfalls bekannt sein müssen. Dafür brauchte es weder Protestversammlungen noch empörte Vereinsvertreter. Man hätte schlicht vorher mit den Menschen reden müssen.“

Steiner ergänzt: „Eine Entscheidung wird nicht dadurch klüger, dass man sie zunächst entschlossen verteidigt und wenige Tage später wieder korrigiert. Es spricht für den Oberbürgermeister, dass er jetzt einlenkt. Es hätte allerdings noch mehr für ihn gesprochen, wenn er die Notwendigkeit dieser Korrektur rechtzeitig erkannt hätte.“

Auch Stadtrat Sebastian Frankenberger kritisiert insbesondere die Kommunikation der Stadtverwaltung und des Oberbürgermeisters.

„Ein einstimmiger Beschluss ist kein Qualitätssiegel. Auch eine einstimmig beschlossene Fehlentscheidung bleibt eine Fehlentscheidung“, erklärt Frankenberger. „Gerade deshalb müssen Verwaltungsvorlagen gründlich vorbereitet und ihre praktischen Auswirkungen rechtzeitig mit den Betroffenen besprochen werden. Wenn erst die Vereine auf die Barrikaden gehen müssen,

FDP | TEAM Putzke

Die Freie Fraktion für Passau

damit ihre berechtigten Interessen wahrgenommen werden, ist im Vorfeld offensichtlich etwas schiefgelaufen.“

Dabei gehe es keineswegs darum, dass die Verwaltung keine Vorschläge zur Bewirtschaftung städtischer Flächen machen dürfe. Entscheidend sei vielmehr, wie solche Vorschläge vorbereitet, begründet und mit den Betroffenen abgestimmt würden.

„Wer von einer Entscheidung unmittelbar betroffen ist, sollte möglichst gehört werden, bevor sie getroffen wird. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Offenbar muss man in Passau inzwischen daran erinnern“, so Frankenberger. „Die Betroffenen erst dann ernsthaft einzubeziehen, wenn sie ihrem Ärger öffentlich Luft machen, ist keine professionelle Kommunikation. Das ist nachträgliche Schadensbegrenzung.“

Die FDP-Fraktion erwartet deshalb, dass aus dem Vorgang Konsequenzen für den Umgang mit vergleichbaren Vorhaben gezogen werden. Bevor Maßnahmen beschlossen werden, die zahlreiche Bürger, Vereine oder Unternehmen unmittelbar betreffen, müssen frühzeitig Gespräche mit den Betroffenen und den politischen Kräften im Stadtrat geführt werden. Dazu gehörten eine transparente Darstellung der Entscheidungsgrundlagen, eine ehrliche Abwägung der Folgen und die ernsthafte Prüfung von Alternativen.

„Wir wollen ausdrücklich keine Stadtverwaltung und keinen Oberbürgermeister, die aus Angst vor Protesten nichts mehr entscheiden“, stellt Putzke klar. „Wir wollen eine Stadtführung, die so sorgfältig arbeitet und so vernünftig kommuniziert, dass vermeidbare Proteste gar nicht erst entstehen. Das ist ein Unterschied.“

Abschließend betont der FDP-Fraktionsvorsitzende: „Die Fähigkeit, einen Fehler zu korrigieren, verdient Respekt. Die Fähigkeit, ihn durch rechtzeitiges Nachdenken und Zuhören zu vermeiden, verdient noch mehr. Es wäre schön, wenn wir künftig etwas häufiger Letzteres erleben dürften. Passau braucht eine Stadtführung mit Weitblick – nicht eine, die erst Vollgas gibt und dann bei Gegenwind den Rückwärtsgang einlegt.“

FDP-Fraktion im Passauer Stadtrat:

Prof. Dr. Holm Putzke – Fraktionsvorsitzender

Prof. Georg Steiner – stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sebastian Frankenberger – stellvertretender Fraktionsvorsitzender